

2  
3  
4 Antrag zur Europäischen Verfassung  
5  
67 Der LSAP-Kongress, tagend in Luxemburg am 13.März 2005,  
8

- 9 - begrüßt, dass das Referendum vom 10. Juli 2005 den Bürgerinnen und Bürgern
- 
- 10 Luxemburgs erstmals die Gelegenheit gibt, öffentlich und ausführlich über den
- 
- 11 europäischen Einigungsprozess zu diskutieren;
- 
- 12 - bedauert, dass es aus verfassungstechnischen Gründen nicht möglich ist, alle EU-Bürger
- 
- 13 an der Abstimmung teilnehmen zu lassen, wünscht sich deshalb eine schnelle
- 
- 14 Anpassung der Luxemburger Verfassung sowie des Wahlgesetzes, damit in Zukunft eine
- 
- 15 breite Beteiligung aller Bürger gewährleistet ist und fordert die Mandatäre in Regierung
- 
- 16 und Kammer auf, dazu Vorschläge vorzulegen;
- 
- 17 - begrüßt die Tatsache, dass mit der Europäischen Verfassung erstmals ein europäischer
- 
- 18 Vertrag durch eine öffentliche und demokratische Prozedur in enger Zusammenarbeit mit
- 
- 19 der Zivilgesellschaft und maßgeblichen wirtschaftlichen und sozialen Akteuren vorbereitet
- 
- 20 wurde;
- 
- 21 - betrachtet die Europäische Verfassung als einen annehmbaren Kompromiss zwischen 25
- 
- 22 Mitgliedstaaten, um dem augenblicklichen Zustand der europäischen Integration
- 
- 23 Rechnung zu tragen;
- 
- 24 - begrüßt die Einbeziehung der Charta der Grundrechte in die Verfassung und die sich
- 
- 25 daraus ergebende Verbindlichkeit dieser Charta, weist ganz besonders auf das Kapitel
- 
- 26 Solidarität der Charta hin, in dem die sozialen Rechte der Arbeitnehmer enthalten sind;
- 
- 27 - stellt fest, dass die Verfassung die Funktionsfähigkeit der EU durch eine Reihe von
- 
- 28 institutionellen Anpassungen maßgeblich verbessert und demokratischer gestaltet;
- 
- 29 - begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Befugnisse des Europaparlaments
- 
- 30 ausgebaut, die Mitentscheidungsprozedur verallgemeinert, eine klare
- 
- 31 Kompetenzenabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten ermöglicht, der
- 
- 32 Posten eines europäischen Außenministers geschaffen, die Teilnahme des Parlaments
- 
- 33 an der Ernennung des Kommissionspräsidenten und der Kommissare verstärkt, die
- 
- 34 Zuständigkeit des Parlaments für den Haushalt ausgeweitet, und die Zivilgesellschaft
- 
- 35 fortan berücksichtigt, werden;
- 
- 36 - unterstreicht, dass die Werte und Zielsetzungen der EU, wie sie in allen Teilen der
- 
- 37 Verfassung dargestellt werden, von demokratischen Sozialisten ohne Abstriche
- 
- 38 mitgetragen werden können;
- 
- 39 - begrüßt in diesem Zusammenhang besonders die Betonung der sozialen Marktwirtschaft,
- 
- 40 der Nachhaltigkeit, der Vollbeschäftigung, des Umweltschutzes, der Gleichheit von
- 
- 41 Frauen und Männern, des Verbraucherschutzes, der öffentlichen Dienstleistungen (Art. I
- 
- 42 – 3 und Art. III – 115 bis 122); wünscht, dass angesichts dieser Inhalte das soziale
- 
- 43 Europa endlich entschiedener in Angriff genommen wird;
- 
- 44 - erfreut sich über die Aufwertung der nationalen Parlamente und über die Einführung
- 
- 45 eines Initiativrechtes, wonach die Kommission mit einer Petition, die in mehreren
- 
- 46 Mitgliedstaaten von mindestens einer Million Menschen unterschrieben wurde,
- 
- 47 aufgefordert werden kann, gesetzgeberisch aktiv zu werden (Art. I-47),
- 
- 48 - sieht in der EU ein Instrument für den Frieden in und um Europa und bekennt sich zu der
- 
- 49 Beteiligung Europas an dem Kampf gegen Armut, Unterdrückung und den sich hieraus
- 
- 50 ergebenden Terror in der Welt;
- 
- 51 - fordert in diesem Sinne die Parteileitung und alle Mandatäre auf, einen intensiven und
- 
- 52 kritischen Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern zu organisieren und aufzunehmen
- 
- 53 - fordert die Regierungen und alle europäischen Entscheidungsträger auf, die
- 
- 54 Möglichkeiten der EU-Verfassung für ein soziales, ökologisches und nachhaltiges Europa
- 
- 55 voll einzusetzen;
- 
- 56 - ersucht angesichts der zahlreichen Verbesserungen, die die Europäische Verfassung
- 
- 57 gegenüber den bisherigen Verträgen enthält, seine Mitgliederinnen und Mitglieder

58  
59

ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger Luxemburgs, am 10. Juli 2005 ihre Stimme für ein „Ja“ zur Verfassung abzugeben.